

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Heftige Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit  
Zutragen, einzelne Nummern 15 Goldpfennige.  
Gemeinde-Verbands-Konto Nummer 3.  
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 3.  
Postfachkonto Dresden 12 548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite  
Pettzeile 20 Goldpfennige, Eingekant und  
Reklamen 50 Goldpfennige.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Sehne. — Druck und Verlag: Carl Sehne in Dippoldiswalde.

Nr. 290

Dienstag, am 15. Dezember 1925

91. Jahrgang

## Donnerstag, am 17. Dezember, abends 8 Uhr öffentl. Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

Die Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

### Leistliches und Sächliches

**Dippoldiswalde.** Die Herbst-Auswahl-Sitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dippoldiswalde-Stadt, die am Montag abend im Bahnhof abgehalten wurde, verlief sehr glatt und war nur von kurzer Dauer. Einschneidende Punkte standen nicht zur Beratung; es handelte sich lediglich um die Erledigung der jagungsgemäß vorgeschriebenen Tagesordnung. Erschienen waren 11 Ausschussmitglieder, vom Vorstände waren 10 Personen zugegen. Nachdem der Vorsitzende des Ausschusses, Schlossermeister Kamann, die ordnungsgemäße Einberufung festgestellt hatte, trug Geschäftsführer Adam den für 1926 aufgestellten Voranschlag vor, der in Einnahme und Ausgabe mit 103 250 M. balanzierend ohne Widerspruch genehmigt wurde. Zu Präzedenz der 1925er Jahresrechnung wurde aus der Reihe der Arbeitgeber Kaufmann Emil Diefert, aus der der Arbeitnehmer Schlosser Paul Ulrich und Stuhlbauer Otto Bürger gewählt. Anträge waren nicht eingebracht. Man konnte daher rasch zum letzten Punkte, Verschiedene Kassenangelegenheiten, übergehen. Durch den Tod des Vorstandsmittgliedes Albert Schubert machte sich eine Ergänzung des Vorstandes nötig. In der Frühlingsjahrsitzung hatte man im Hinblick auf die im Herbst kommenden Neuwahlen abgesehen, da aber das Reichsversicherungsamt jetzt auf dem Standpunkt steht, das nächste Jahr zu einem „sozialen Wahljahr“ zu machen und in diesem alle Vorstände, Ausschüsse usw. alle Versicherungsträger neu wählen zu lassen, und daher den Kassen empfohlen hat, gegenwärtig von Neuwahlen abzusehen, wurde Scharwerkmann Kurt Donner in den Vorstand gewählt. Geschäftsführer Adam gab dann noch bekannt, daß die für diesen Herbst in Aussicht gestellte Beratung der neuen Satzung noch nicht spruchreif sei, da irgendwelche Richtlinien von den Oberversicherungsämtern und Kassenverbänden noch nicht herausgegeben worden seien, auch sei eine Erweiterung der Familienhilfe durch Erhöhung des Krankengeldes je nach der Stärke der Familie des Erkrankten unter den heutigen Kassenverhältnissen nicht möglich. Nach Schluß der Tagesordnung berichtete der Kassenvorstand Stadtrat Voigt noch über die Verhandlungen, die seitens des Kassenvorstandes mit den Ärzten zur Neu-Aufstellung eines Ärzte-Vertrages geführt worden sind und die nahe vor dem Abschluß stehen. — Interessant ist ein Blick auf den Voranschlag für 1926. Mit kleinen Zahlen sind die Jinsen 500 M., Erfolgsleistungen 600 M., rückerhaltene Verwaltungskosten 950 M. und sonstige Einnahmen 200 Mark eingestellt. Den Hauptposten stellen die Beiträge dar, die nach 3/4 Prozent vom Grundlohn erhoben werden sollen. Nach dem bis Ende November eroberten Beiträgen in Höhe von 78 045 M. hat man sie mit 101 000 M. eingestellt, Vorauszahlung bleibt dabei aber, daß die jetzige Wirtschaftskrise von keiner langen Dauer ist. Diese Krise läßt ja überhaupt die Aufstellung eines genauen Haushaltsplanes nicht zu. Unter den Bedürfnissen sind das Krankengeld, 30 000 M. (bis Ende November 32 528 M., im Jahre 1924 23 544 M.), Arztonorar 22 000 M. (1924 19 824 M.) und Arznei und Heilmittel 10 000 M. (bis Ende November 9615 M., 1924 = 7741 M.) die Hauptposten. Für Jahrsätze sind 3000 M. (1924 = 2500 M.), für Heilpersonen 1500 M. (988 M.), für Krankenhauspflege 7000 M. (bis Nov. 6446 M., 1924 4700 M.), für Wochenhilfe 3600 M. (1924 = 3309 M.) eingestellt worden. Auch für Wohlfahrtspflege hat man wieder einen Posten von 300 M. vorgesehen. Die Verwaltungskosten sind mit 12 300 M. eingestellt worden. Eine Vermögensübersicht, aufgestellt nach dem Stande am 12. Dezember dieses Jahres ergab ein Gesamtvermögen von 22 464 M., eine Vermögenszunahme gegen Ende 1924 von 3094 M. Da sich aber die noch zu zahlenden Honorare usw. nicht genau berechnen lassen, dürfte diese Summe zu hoch sein, außerdem dürfte der Rückgang der Einnahmen an Krankengeld in den letzten Wochen dieses Monats durch die schlechte wirtschaftliche Lage und der Zugang an Kranken, erhöhtes Krankengeld usw. für Ende des Jahres eine wesentliche Vermögenszunahme nicht ergeben. Im Monatsdurchschnitt wurden im Januar rund 700 M. wöchentlich Krankengeld gezahlt, im November 880 M., in der letzten Woche aber (12. Dezember) über 1000 M. Schon daraus kann man ersehen, daß gegenwärtig die Lage der Krankenkasse nicht rosig ist. Und so wie bei uns ergibt es wohl den meisten Krankenkassen. — Heute, Dienstag vormittag hatten wir anhaltenden Schneefall, so daß der Schilten wieder gut benutzt werden kann.

— Ja dem in der gestrigen Zeitung erstatteten Berichte über die Bezirksversammlung des Verbandes der Grund- und Hausbesitzer-Vereine in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde in Kreischa ist noch nachzutragen, daß beschlossen wurde, die nächste (10.) Bezirksversammlung in Dippoldiswalde abzuhalten. — Der Lehrkursus für praktische Landwirte über Landwirtschaft, Chemie und Düngelehre wird am Donnerstag abends 8 Uhr in der Landwirtschaftlichen Schule fortgesetzt werden. Der letzte Lehrtag wird voraussichtlich am Montag, den 21. 12. stattfinden, an welchem gleichzeitig ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch über Dünge und Düngen stattfinden soll. Die Teilnehmerzahl betrug bisher 39. Wie wir hörten, haben sich in der weiteren Umgebung die Landwirte vom schlechten Wetter abhalten lassen. Für die letzten Lehrtage wäre jedoch die Teilnahme aller Interessenten sehr erwünscht. — Nachdem vor einiger Zeit schon die Eisen-Abteilung des hiesigen Weiskampwerks A.-G. stillgelegt worden ist, ist nun auch in der Holzwaren-Abteilung der Betrieb völlig eingestellt worden, so daß das Werk zur Zeit gänzlich still steht. Für viele, die dort Beschäftigung fanden, ist der Eintritt der Arbeitslosigkeit so kurz vor dem Weihnachtsfeste ein harter Schlag. Würde sich die allgemeine wirtschaftliche Lage bald wieder bessern, damit auch dieses Werk seinen Arbeitern wieder lohnende Beschäftigung geben kann.

— Es wird gemäß von der Gemeinde als selbstverständlich erwartet, daß in der Abwesenheit, der Zeit der Liebe, auch der Posaunenchor eine musikalische Andacht hält. Sie soll Mittwochs abend 8 Uhr in der Kirche stattfinden mit den bekannten, aber auch weniger bekannten Abendsliedern. Die Kirche wird geheizt sein. Alle sind herzlich eingeladen, an dieser Feier teilzunehmen.

**Schmiedeberg.** Öffentliche Sitzung der Gemeindeverordneten Freitag, den 18. Dezember 1925, abends 7 Uhr in der alten Schule. Tagesordnung: Öffentliche Sitzung: Mitteilungen. — 18. Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung. — Polizeiverordnung über Vertrieb von zollfreiem Gefrierfleisch. — Massenkauf auf dem sogenannten Leichenweg. — Anschlag eines auswärtigen Grundstückes an die Wasserleitung. — Antrag auf Aufwertung eines Gemeindebedarfs. — Sparkasse betr. — Antrag der Erwerbslosen wegen Behebung der Arbeitslosigkeit. — Etwas noch eingehendes. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

**Schmiedeberg.** Die Lehrerschaft veranstaltet auch in diesem Jahre eine Weihnachtsaufführung in der Turnhalle. Die Vorstellungen finden statt Donnerstags abends 8 Uhr, Sonnabends abends 8 Uhr und Sonntag nachm. 1/3 Uhr und abends 8 Uhr. Der Reingewinn wird zur Anschaffung von Büchern verwendet. **Herrsdorf i. E.** In dem vom Ortsvorsteher Kurt Martini geleiteten hiesigen Landwirtschaftlichen Verein sprach am vorigen Sonntag im hiesigen Erbgerichtsgebäude der seit 22 Jahren erblindete Privatgelehrte Dr. Görler aus Dresden über das Thema: „Was bedeuten uns Heimat, Vaterland und Welt für Ost und Herz?“. Wie selten einer war er tief in den geographischen, geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Stoff eingedrungen und verstand er es, die Herzen zu erwärmen und den Blick zu weiten, so daß ihm allezeitiger wohlverdienter Beifall zuteil wurde. Praktisch und klar sprach er auch in einem zweiten Vortrage über das zeitgemäße Thema der Aufwertung. Wer Genuß für das Herz und Gewinn für den Geist haben will, der lasse sich diesen Reizen kommen. Er kann allen Gemeinden und Vereinen nicht genug empfehlen werden.

**Gesing.** Am Sonntag nachmittag in der fünften Stunde erlitt der Schneeschlepper Albert Gröhner von hier beim Schneeschlepplauf in der Nähe des Bahnhofs einen Unfall, wobei er sich einen Schenkelbruch zuzog. Erst vor kurzer Zeit stürzte er mit dem Fahrrad ebenfalls in der Nähe des Bahnhofs.

**Gesing.** Die Jugendabteilung der Ski-Abteilung im Wintersportverein Gesing hielt am Sonntag nachmittag ein Springen auf der neuerbauten Sprungschanze „im Gröndle“ ab. Hierbei wurden folgende Punkte erzielt: a) Jugendabteilung: 1. Hermann Becker mit 17,750 Punkten, 2. Paul Kaiser mit 17,625 Punkten, 3. Michael Becker mit 17,250 Punkten, 4. Fritz Janke mit 16,292 Punkten, 5. Herbert Walther mit 16,042 Punkten; b) Anabenabteilung: 1. Willi Pehold mit 14,542 Punkten.

**Lauenstein.** Trotz des Schneewetters war ein am Sonntag und Sonntag im Schützenhaus abgehaltenes Preishegen gut besucht, und auch aus der weiteren Umgebung hatten sich Regelbrüder eingefunden. Den Preis errang Gendarmerteoberwachmeister Romrich, hier. Er durfte ein ganzes Reh als Siegestropäe binnnehmen. Der Braten kommt ihm umso mehr zu faulen, weil er Weihnachten die Leuse seines Kindes hat. Außerdem kamen noch weitere 30 Preise, die in Wild und Geflügel bestanden, zur Verteilung.

**Dresden.** Der Hausbauausschuß A des Landtages beschloß in seiner letzten Sitzung, die Regierung zu ersuchen, sich für eine jenseits den herrschenden Lenkungsverhältnissen entsprechende Erhöhung des steuerfreien Einkommens einzusetzen und bei der Ausarbeitung der Landeshaushaltsgesetze eine entsprechende Entlastung der Minderbemittelten anzustreben. Im Laufe der Verhandlung gab die Regierung Aufklärung über die Grundzüge der Ausgabe von Darlehen, die der Landtag in Höhe von 1 Million für gewisse Heimdarlehenszwecke des Erzgebirges bewilligt hat. Bis Ende Oktober sind an Warenhersteller in 200 Fällen und an Verleger in 126 Fällen Darlehen gegeben worden. Diese hatten bis zum 5. Dezember die Höhe von 787 000 M. erreicht, wovon 220 000 M. wieder zurückgefließen sind, so daß noch 567 000 M. für Anleihen in Umlauf sind. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einleitung von gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der erwerbsfähigen Schwangeren wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Anlässlich der Beratung der Anträge betreffend Hilfeleistung an die durch Unwetter geschädigte Landwirtschaft erklärte die Regierung, daß sie bereits Hilfsmaßnahmen eingeleitet habe.

— In einer der letzten Sitzungen der Synode kam auch ein Antrag Graese und Vierling zur Sprache. Es wurde dabei darauf hingewiesen, die überall herrschende Wohnungsnot habe auf dem besonderen kirchlichen Gebiete zu ersten Mißständen dadurch geführt, daß für Pfarren als Inhaber von Dienstwohnungen bei Verletzung in den Ruhestand oder Todesfall die Räumung der Wohnung außerordentlich schwierig sei, während sich beim Verbleiben in der Wohnung zusammen mit dem neuen Stelleninhaber dienstliche und persönliche Hemmnisse einstellen. Es sei daher unabwendbar, daß das Kirchenregiment landeskirchliche Mittel zum Zwecke der Beschaffung von Wohnungen für denstliche Geistliche, kirchliche Beamte und Angestellte, sowie deren Hinterbliebene einsetze und auch sonst weitere Mittel und Wege suche, um der Wohnungsnot zu steuern. Während Synodale Graese sich mehr mit der allgemeinen Lage beschäftigte, hatte Synodale Vierling im besonderen vorgeschlagen, die Mietzinssteuer der Pfarren für diesen Zweck zu verwenden. Da hiergegen von Seiten des Kirchenregimentes rechtliche Bedenken geltend gemacht werden mußten, wurde der Antrag auf Anregung des Synodalen Müller (Collmen), der gleichzeitig auf die soziale Selbsthilfe der Pfarrvereine und ihrer Siedlungsgesellschaft Patmos hinwies, dem Kirchenregiment zur Ermüdung überwiesen. Damit wird für viele, die am Ende ihrer Dienstzeit stehen, ein Gegenstand erster Sorge aus dem Wege geräumt, gleichzeitig zum Besten der Gesamtheit die Kraft der Kirche eingeseht.

— Im Dresdener Polizeipräsidium war bekanntlich die Frage der Einrichtung einer Polizei-Musikkapelle erörtert worden. Gegen diesen Plan hatte sich der Verband Sächsischer Polizeibeamter mit einer Beschwerde an das Ministerium gewandt. Das Ministerium hat jetzt geantwortet, daß es eine derartige

dienstliche Einrichtung, wie schon feinerzeit bei der Hilfspolizei-Musikkapelle nicht billigen könne, weil sie außerhalb des Aufgabenspektrums der Polizei liege. Das Ministerium habe aber keinen Anlaß, entgegenzutreten, wenn sich Polizeibeamte zu einem häuslichen und geselligen Zweck in Form einer Musikkapelle freiwillig zusammenschließen und sich unter ihrer eigenen Leitung und nach ihren eigenen Plänen und Wünschen musikalisch in ihrer dienstfreien Zeit betätigen. Das Ministerium werde auch nichts dagegen zu erklären haben, wenn die Dienstbehörde in dem üblichen Rahmen, wie dies für andere Zwecke geschieht, zu gemeinsamen Lebungsstunden oder Veranstaltungen gelegentlich gewisse Dienstleistungen gewährt, die sich allerdings bei den Anforderungen des Dienstes, der keinesfalls dadurch beeinträchtigt werden dürfe, auf ein sehr geringes Maß beschränken müßten.

**Freiberg.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde eine großzügige Hilfsaktion beschlossen. Den Hilfsbedürftigen der Stadt Freiberg wurde eine Weihnachtsbeihilfe von 15 M. für Verheiratete, 10 M. für Ledige und 5 M. für jedes unterhaltspflichtige Kind genehmigt. Die Stadt wendet dafür, trotz der außerordentlich schwierigen Finanzlage, etwa 17- bis 18 000 M. auf.

**Freiberg.** Die große Straßammer verhandelte gegen den Wachblumenfabrikanten Osmin Jehnlich in Obernban. Der Angeklagte richtete im April 1923, weil die Staatsstraße von Obernban nach Oberneuschönbürg an Sonn- und Festtagen für Kraftfahrzeuge gesperrt war, im Auftrage mehrerer Industrieller ein Gesuch an den Stadtrat in Obernban, an den Gemeinderat in Oberneuschönbürg und an die anliegenden Ortschaften um Aufhebung der Sperre. Das Gesuch wurde aber abgelehnt. Im Mai 1925 wiederholte er noch einmal das Gesuch, worin er schrieb: „Wir fordern die Freigabe der Straße. Sollten sich die Ortschaften dagegen erklären, so sollen Gegenmaßnahmen dahin ergriffen werden, daß aus den betreffenden Gemeinden keine Arbeitskräfte mehr eingestellt würden. Der Angeklagte hat es schon angenommen, durch Drohung eine Behörde zur Vornahme einer Amtshandlung zu veranlassen. Er wurde nach § 114 des Strafgesetzbuches durch Strafbefehl des Amtsgerichts in Obernban mit 300 Reichsmark und für den Fall, daß die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann, zu einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen verurteilt. Gegen den Strafbefehl hatte der Angeklagte Einspruch erhoben. Beim Schöffengericht in Obernban wurde er zu derselben Strafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt, beide Berufungen wurden von der Straßammer verworfen.“

**Obernban.** Der Vorsitzende des Sächsischen Mühlenselbstverbandes Herzog Otto am Ende in Gneznitz verstarb infolge Herzschlages anlässlich eines Besuches bei Verwandten in Berlin im 68. Lebensjahre.

**Leipzig.** In der jetzigen Zeit des verstärkten Automobilverkehrs und des immer mehr zunehmenden Verkehrs hat der Straßenbau eine ganz besondere Bedeutung erlangt. Er tritt deshalb auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1926 besonders in den Vordergrund. In umfangreicher Weise werden Maschinen und Material für Straßenbau zur Ausstellung gelangen. Außerdem werden Arbeitsauschüsse der „Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau“ in Leipzig togen.

**Leipzig.** Nachts in der dritten Stunde wurde in der Grunstraße ein angeheiterter Mann von zwei jungen Menschen im Alter von 23 und 24 Jahren angeprochen, die ihm ihre Begleitung anboten. Den beiden schon vorbestraften Burchen war es aber nicht um einen Liebesdienst zu tun, denn sie entrißten plötzlich ihrem Opfer die goldene Uhr samt Kette und verschwand im Dunkel der Nacht. Den Nachforschungen der Polizei gelang es, die beiden Straßenräuber zu ermitteln und festzunehmen.

**Großschönau.** Den hiesigen Hilfsbedürftigen hat der Ehrenbürger der Gemeinde Theodor Haebler in New York 1500 M. gespendet, und zwar 400 Mark für Kriegserwitwen und -waisen, 400 Mark für bedürftige Schulhinder zur Christbescherung, 250 Mark für Frauenvereine, 250 Mark für die Kleintrentner und 200 Mark für den Jugendauschuss.

**Chemnitz.** Nach Mitteilung des Oberbürgermeisters Dr. Süßmann hat die Stadtverwaltung für 1925 einen Fehlbetrag von 3 Millionen Mark zu erwarten.

**Lugau.** Im Vertrauensschachte wurden die Leberreste der bei einem Schachteinsturze der Fundgrube im Jahre 1867 verschütteten 101 Vergleute aufgefunden.

**Reiboldsdorf i. V.** In den hiesigen Lungenheilstätten war ein Buchhalter in Behandlung, der 1917 einen Kopfschlag und zwei Rückenstichwunden erlitten hatte, aber als geheilt aus dem Heere entlassen worden war. Nach sechs Jahren ergab die Röntgenuntersuchung einen verkappten Granatsplitter in der linken Lunge. Als sich Fieber einstellte, wurde festgestellt, daß der Splitter von der linken Lungenseite auf die rechte Seite gewandert war und vor einigen Tagen buchstete der Patient bei einem heftigen Anfall den Granatsplitter aus; er war 37 Millimeter lang und 41 Millimeter stark. Seitdem tritt merkbare Besserung ein, wenn auch die Lungenwunde nur langsam heilt.

**Deisnig i. V.** Durch eine bisher noch nicht ermittelte Person sollte der Leitung der Handelsschule Deisnig und den Schülern und Schülerinnen eine Freude verborgen werden. Die Schulleitung hatte für Sonnabend einen Familienabend — den ersten wieder seit Kriegsbeginn — angelehnt, und alle Beteiligten freuten sich darauf. Da erschien am Sonnabend nachmittag in der hiesigen „Vogelwäldchen-Zeitung“ eine Anzeige, der zufolge der Familienabend um drei Tage verschoben werden sollte. Wie sich alsbald herausstellte, war die Anzeige, die übrigens unter Beobachtung der üblichen Formalitäten aufgegeben worden war, gefälscht. Der Familienabend hat aber trotzdem stattfinden können, wenn er auch nicht so stark besucht war, wie das sonst der Fall gewesen sein würde. Der Fälscher der Anzeige aber wird, wie man annimmt, bald ermittelt werden, denn sämtliche Schüler haben ein Interesse daran, daß der Betroffene festgestellt wird.

**Obau.** Bei Reinigungsarbeiten im städtischen Elektrizitätswerk ist am Sonntag der 41-jährige Monteur Paul Thiersch durch den elektrischen Strom getötet worden.



## Chronik des Tages.

Die Einladung der Reichsregierung zu den Pariser Aufnahmeverhandlungen ist in Berlin eingetroffen.  
Der Stenographische Ausschuss des Reichstags hat neben der Erhöhung der Grenze des steuerfreien Lohnbetrages auch die Erhebung der Kinderermäßigungen beschlossen.  
Die verfassunggebende Versammlung Belgiens ist nach Erledigung ihrer Aufgabe aufgelöst worden.  
Tschitscherin hatte in Paris eine neue Besprechung mit Briand.  
Aus Syrien wird eine schwere Niederlage der Franzosen gemeldet.

## Die Regierungskrise.

Ende der Woche will der Reichstag in die Weihnachtssferien gehen. Da drängt sich uns die Frage auf: Werden wir bis dahin schon eine neue Reichsregierung haben? Die Aussichten dazu sind nicht allzu günstig. Die Krise nimmt denselben schleppenden Verlauf wie in früheren Fällen. Dabei darf man feststellen, daß Reichspräsident v. Hindenburg mit äußerster Korrektheit vorgegangen ist. In parlamentarischen Kreisen hatte man angenommen, daß Hindenburg sofort Dr. Luther mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen werde. Das ist jedoch nicht geschehen. Nachdem der Reichspräsident auf Grund seiner Besprechung mit den Parteiführern zu der Überzeugung gekommen war, daß zur Zeit nur die Große Koalition als tragfähige Grundlage für eine Regierung in Frage kommt, hat er folgerichtig dieses Ziel verfolgt und sich zunächst an die Parteien gewandt, die innerhalb dieser Koalition auf der mittleren Linie stehen und daher besonders geeignet erschienen, nach links und nach rechts hin Führung zu nehmen.

So hat Hindenburg zunächst an den früheren Reichskanzler Fehrenbach die Frage gerichtet, ob er den Versuch unternehmen wolle, eine Regierung auf der Grundlage der Großen Koalition zu bilden. Fehrenbach hat sowohl für sich wie für seine Partei den Auftrag abgelehnt und erklärt, das Zentrum beabsichtige nicht, die Führung bei der Regierungsbildung zu übernehmen oder gar auf den Kanzlerposten Ansprüche zu erheben. Damit ist immerhin schon eine gewisse Klärung eingetreten.

In zweiter Linie hat sich nun Hindenburg an den demokratischen Fraktionsführer Koch gewandt. Dieser hat den Auftrag zwar angenommen, es erscheint aber sehr fraglich, ob seine Bemühungen Erfolg haben werden.

In jedem Fall müssen nun aber die eigentlichen Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Parteien beginnen. Das gilt sowohl nach der programmatischen Seite hin, wie auch in Bezug auf die Personenfrage. Es wird also nötig sein, zunächst einmal zu prüfen, ob die von der Sozialdemokratie aufgeführten Punkte zu erörtern. Es wird sich ja dann zeigen müssen, ob eine Einigung über diese Fragen möglich ist. Man wird deshalb schon von den Verhandlungen Kochs die Antwort auf die grundsätzliche Frage erwarten dürfen, ob die Große Koalition möglich ist. Wenn keine Einigung über ein festes Arbeitsprogramm zustandekommt, so sind alle weiteren Verhandlungen, die auf die Bildung der Großen Koalition abzielen, zwecklos.

Aber auch, wenn eine programmatische Einigung zustandekommt, so bliebe immer noch die Personenfrage zu lösen, und es wäre möglich, daß Koch auch an dieser Spitze scheitert. In diesem Falle könnte aber immer noch eine andere Persönlichkeit mit der Bildung eines Kabinetts der Großen Koalition beauftragt werden, die vielleicht mehr Erfolg hätte.

Sollten dagegen die Verhandlungen über das Programm zu keinem Ergebnis führen, so wird der Reichspräsident vor eine ganz neue Frage gestellt. Da bei der Einstellung der Deutschnationalen zu Lozano ihre Teilnahme an einer Regierung nicht in Frage kommt, bliebe dann nur die Möglichkeit einer Regierung ohne feste parlamentarische Basis. Auch hier läge es noch verschiedene Lösungen. Man könnte an ein „Beamtenkabinett“ denken oder an ein „Kabinett der Köpfe“, oder aber auch an ein parlamentarisches Minderheitskabinett der Mittelparteien. In parlamentarischen Kreisen rechnet man noch immer stark mit dieser letzten Möglichkeit und nimmt dabei an, daß Dr. Luther die Führung eines solchen Minderheitskabinetts übernehmen würde. Ein solches Kabinett würde allerdings nur eine Zwischenlösung bedeuten. Auf die Dauer läßt sich heute nicht ohne feste Mehrheit regieren. Aber man käme doch vielleicht wenigstens über die Zeit der schweren Wirtschaftskrise hinweg, die unstrittig viel zur Erleichterung der politischen Krise beiträgt. Von einer Reichstagsauflösung wäre jedenfalls heute keine grundlegende Veränderung der politischen Lage zu erwarten, sondern höchstens ein starkes Anwachsen der kommunistischen Mandate.

## Am den Bischofstitel.

Aus den Verhandlungen des evangelischen Kirchenparlamentes.

Die Evangelische Kirchenversammlung, deren Tagung am heutigen Dienstag zum Abschluß kommen soll, beschäftigte sich am Montag mit der Bischofsfrage. Die Gruppe der Evangelisch-Lutherischen beantragte ein Kirchengesetz, das dem General superintendenten die Amtsbezeichnung „Bischof“ beilegt. Demgegenüber votierte der Verfassungsausschuss für Absehung des Gegenstandes von der Tagesordnung der diesjährigen General synode.

Von D. Deißmann, der seit einer Reihe von Jahren im Kampf für den protestantischen Bischof an vorderster Stelle steht, lag dem Haus eine Denkschrift zur Bischofsfrage vor. Danach beträgt die Zahl der evangelischen Bischöfe in der ganzen Welt etwa 520; die Gesamtseelenzahl der Evangelischen Kirche außerhalb Deutschlands mit Bischöfen beträgt 70 Millionen, ohne Bischöfe 3 Millionen. Bekanntlich war in der verfassunggebenden Kirchenversammlung, die sich im Jahre 1922 in einem vielstündigen langen Kampf mit der Frage beschäftigte, der Titel „Bischof“ in dem damaligen Zeitpunkt mit 102 gegen 94 Stimmen abgelehnt und die Entscheidung einem künftigen Kirchengesetz überlassen worden.

In der jetzigen Aussprache verwiesen die Anhänger des Bischofstittels auf die sprachliche Unmöglichkeit der Bezeichnung „Generalsuperintendent“. Die Gegner des Bischofstittels, besonders die reformierten Gemeinden des Westens, aber auch lutherische Kreise, sind der Ansicht, daß es sich nur um eine Titelfrage handele. Es sei so ein Mißverständnis dem Osten und dem Westen zu befürchten.

Nach Abschluß der sehr lebhaften Aussprache wurde in erster Lesung der Entwurf angenommen, wonach den General superintendenten der Titel Bischof beilegt wird. Die Provinzialkirchenräte haben das Recht, innerhalb von zwei Monaten nach Verkündung des Gesetzes die einjährige Fortdauer der bisherigen Amtsbezeichnung innerhalb ihrer Kirchenprovinz zu beschließen. Dieser Beschluß bedarf der Bestätigung durch die Provinzial synode.

## Schieles Ruhegehalt.

Eine halbamtliche Darstellung.

Ueber das Ruhegehalt des bisherigen Reichsinnenministers Schiele — auf das dieser bekanntlich inzwischen zugunsten der Kriegsblinden verzichtet hat — werden halbamtlich folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Minister Schiele hat einjährig gedient, zwei Übungen von je 56 Tagen in der Reserve geleistet und infolge Mobilmachung vom 15. September 1914 bis 30. November 1918 dem Heere angehört. Er stand zunächst beim Landsturm-Ersatzbataillon Nr. 9, wurde am 7. November 1914 Adjutant des Gefangenenlagers Bittenberg, kam am 22. Juni 1915 an die Front und gehörte bis zu seiner am 30. November 1918 erfolgenden Entlassung Frontformationen des Ostens, Rjemen-Armee und Armeekorps Schöly an. Hiernach mußte bei der Festsetzung der Pension seine Militärdienstzeit wie folgt berechnet werden: Einjährigendienst gleich 1 Jahr, 2 Übungen gleich 112 Tage, Kriegszeit gleich 4 Jahre 77 Tage.

Auf Grund des Gesetzes vom 4. Juli 1921 war die Zeit vom 15. September 1914 bis 31. Dezember 1914 als in der Heimat 1 1/2 fache anzurechnen, d. h. 108 halbe Tage gleich 54 Tage. Die Jahre 1915, 1916, 1917, 1918 (Aufenthalt im Kriegsgebiet) waren auf Grund des Par. 47 des Reichsbeamtengesetzes in Verbindung mit den Militärverordnungen und den Ausführungsverordnungen hierzu doppelt anzurechnen, gleich 4 Jahre. Insgesamt ergaben sich also für die Berechnung der Militärdienstzeit 9 Jahre 243 Tage. Dazu trat die Zivildienstzeit als Minister vom 16. Januar 1925 gleich 284 Tage, so daß die zur Pension berechnende Dienstzeit insgesamt 10 Jahre 162 Tage betrug.

Diese Festsetzung ist, wie in allen Fällen der Veretzung von Beamten in den Ruhestand, von Amts wegen erfolgt und zwar erst, nachdem Minister Schiele aus dem Amte ausgeschieden war. Er selbst hat die Pensionszahlung weder beantragt noch sonst darauf irgendwelchen Einfluß genommen.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 15. Dezember 1925.

Der 50. Geburtstag. Reichspräsident Dr. Ebert feierte am Montag seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Anlaß richtete ihm mittags der Reichskanzler Dr. Luther einen Brief ab, um ihm die Glückwünsche der Reichsregierung zu übermitteln. Im Auftrag des Reichspräsidenten sprach Staatssekretär Dr. Meißner.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern. Nach einer halbamtlichen Mitteilung hat das bayerische Gesamtministerium den Ausnahmezustand in Bayern aufgehoben. Für Verammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel gelten nunmehr uneingeschränkt die Vorschriften der Reichsverfassung und des Reichsvereinsgesetzes, welche den Polizeibehörden bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Möglichkeit zum Einschreiten, zu Verbieten und Einschränkungen geben. Die Regierung ist entschlossen, von diesen Möglichkeiten nötigenfalls Gebrauch zu machen.

Die Einladung Deutschlands zu den Luftfahrtbesprechungen. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, ist die Note der Botschafterkonferenz, in der die Deutsche Regierung zu offiziellen Verhandlungen über die beiderseitigen Luftfahrtinteressen eingeladen wird, in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen werden am Freitag in Paris beginnen. Eine deutsche Delegation, die sich aus Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Reichsverkehrsministeriums zusammensetzt, wird sich zu dem genannten Termin nach Paris begeben.

Milderung des Einreiseverbots für Deutsche nach Elsaß-Lothringen. Auf Grund verschiedener Anregungen zugunsten der Aufhebung des auf den Pässen für die deutschen Staatsangehörigen vermerkten Verbot zu begeben, und auf Grund eines leithin erfolgten Schrittes des Abg. Weill hat der französische Innenminister diesem mitgeteilt, er habe den Außenminister und die Generaldirektion für Elsaß und Lothringen davon benachrichtigt, daß er in der Annahme der vorgelegenen Regelung nichts Unzutragliches sehe mit dem Vorbehalt, daß man von den Angehörigen der Reichswehr und der Schutzpolizei für das Betreten der beiden Departements eine besondere Ermächtigung verlangen werde.

Die Aussagen Grütze-Lehders. In dem Prozeß gegen den wegen Mordes zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilten Grütze-Lehder hat der Angeklagte Angaben über ein angebliches Mordkomplott gegen den Minister Severing und außerdem über angebliche Neuierungen der Abgeordneten Kube und Wulle gemacht. Hierzu erfährt der Amtliche Preussische Pressedienst, daß die Staatsanwaltschaft bereits mit der Prüfung der Sache befaßt ist und auch die Frage prüfen wird, ob die Angelegenheit dem Oberreichsanwalt vorzulegen ist.

## Rundschau im Auslande.

Im Generalsekretariat des Völkerbundes ist das Delinat des in London unterzeichneten Vertrages von Locarno durch England zur Registrierung niedergelegt worden.

Die freiwillige Zeichnung zur Begahlung der italienischen Schulden an Amerika übersteigt den Betrag von 90 Millionen Lire.

Der Führer der spanischen Konservativen, Antonio Maura, der wiederholt Ministerpräsident war, ist gestorben.

Griechenland hat darauf verzichtet, die Festsetzung der an Bulgarien zu zahlenden Entschädigungssumme von 20 Millionen Lira eventuell vor dem Haager Schiedsgericht anzusehen und wird sich der Entscheidung des Völkerbundes ohne weitere Vorbehalte unterwerfen.

## Tschitscherins Pariser Verhandlungen.

Tschitscherin, der erneut in Paris eingetroffen ist, hatte eine Unterredung mit Briand, über die „Journal“ mitteilt, alle zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen seien zur Sprache gekommen. Für Mittwoch sei eine neue Besprechung vorgesehen. Tschitscherin und Rakowski würden sich abends nach Moskau begeben, um der Sowjetregierung Bericht zu erstatten. Volkshafter Rakowski würde erst gegen Mitte Januar nach Paris zurückkehren. Dann werde die große Aussprache beginnen. Die Fragen, die zwischen Frankreich und Sowjetrußland zu regeln seien, seien juristischer, wirtschaftlicher und politischer Natur. Frankreichs würden zwei Punkte als wesentlich betrachtet, zunächst eine gerechte Regelung der Rechte von Besitzern russischer Wertpapiere und der geschädigten französischen Interessen in Rußland, sodann die Einstellung der bolschewistischen Propaganda.

## Der Moskultreit.

Nach einer Erklärung, die der türkische Außenminister Tawfik Ruchdi Bey dem Genfer Vertreter des „Matin“ abgab, ist die türkische Regierung bereit gewesen, England das Bilateral zu erkennen, das nach seiner Ansicht unerlässlich für den Bestand des Traktats ist, ist also für die Teilung von Moskau eingetreten. Als Gegenleistung für diese Konzession verlangt man von England, daß es ein Wirtschaftsabkommen mit der Türkei schließt, das sich auch auf die Zollfragen bezieht, und weiter, um jede Konfliktsmöglichkeit zu vermeiden, daß es das Gebiet, das die Türkei ihm überlassen will, entmilitarisiert, während die Türkei bereit ist, das Gebiet hinsichtlich der unter seine Souveränität gestellten Provinzen zu tun. Von England ist dieser Vergleichsvorschlag abgelehnt worden. Die Entscheidung des Völkerbundes soll bereits fertig vorliegen. Ihre Veröffentlichung steht bevor.

## Der Fall Schillings.

Aus dem Preussischen Landtag.

— Berlin, den 14. Dezember 1925.

In der heute fortgesetzten Einzelberatung des Landtagsratens beauftragte der Landwirtschaftsminister Zeiger die Interpellation Dr. Heß (Dntl.) über die Forderung der Einführung der Landbanknoten, daß Dengahe und Stuten von Rußland überhaupt nicht eingeführt werden dürfen, um der Seuchengefahr zu begegnen. Mit besonderem Interesse wurde die bänische Forderung beachtet.

In der Aussprache erklärte Abg. Dr. v. Winterfeld (Dntl.), beim Abschluß von Handelsverträgen seien die Interessen der Landwirtschaft zu wenig berücksichtigt. Abg. Schmelzer (Str.) besprach die Frage der Aufwertung landwirtschaftlicher Hypotheken und der Rückzahlung der landwirtschaftlichen Kredite, die verlängert werden müssen. Abg. Dr. Schilling (D. Sp.) besprach den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Vereinfachung von Mitteln zur Erleichterung der Landarbeiterfrage.

Im weiteren Verlauf der Aussprache gab ein Regierungsvertreter zur Frage des Zusammenbruchs der Landbank eine Erklärung ab, in der es heißt: Sollte durch einen finanziellen Zusammenbruch der Landbank die Existenz von Siedlern gefährdet werden, so ist die Staatsregierung bereit, zu Gunsten dieser Siedler helfend einzugreifen. Hierzu werden weniger staatliche Mittel erforderlich sein als zur Stützungsfaktion der Landbank.

Bei der folgenden dritten Beratung des Antikontakts gab Abg. Wildermann (Str.) namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Zentrumsfraktion erklart in dem Auftrage auf Errichtung einer simultanen pädagogischen Akademie in Frankfurt a. M. einen Versuch, die Grundlage der Volkshochschule zu unterhöhlen und die Simultanakademie in Rastau zu vereinigen. Das Zentrum behält sich vor, wenn der Antrag auf Gründung der Simultan-Akademie angenommen wird, es die Errichtung dieser Akademie mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern kann.

## Der Fall von Schillings.

Zu der Angelegenheit des Intendanten v. Schillings liegen von der Deutschen Volkspartei, der Böhmischen Arbeiterpartei, der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung Anträge gleichen Inhalts vor, die verlangen, daß die fristlose Entlassung des Intendanten v. Schillings zurückgenommen und für das Rechnungsjahr 1926 im Kultusetat eine planmäßige Stelle für Musikpflege und für das Theaterwesen nicht mehr geschaffen wird.

Abg. Becker-Berlin (Dntl.) betonte, daß seine Fraktion den Anträgen der Deutschen Volkspartei zustimmen wird. In der Verwaltung der Oper sei nicht alles in Ordnung gewesen. Das Vorgehen des Ministeriums gegenüber v. Schillings widerspreche der Treuepflicht und entbehere der richtigen Einschätzung des Künstlers. (Weiß. Beifall rechts; Widerspruch links und in der Mitte.)

Abg. Frau Lehmann (Dntl.) wandte sich gegen die gegenwärtige Schulpolitik.

Abg. Dr. Sawering (Str.) erklärte, man müsse im Fall Schillings zwischen Künstler und Verwaltung unterscheiden. Herr von Schillings selbst hat das Ministerium zu seiner Haltung gezwungen! Wenn er seinen Vertrag befreit, so ist das Ministerium berechtigt, daraus die Konsequenzen zu ziehen; das ist geschehen! Wer Sinn hat für Wahrung der Staatsautorität, muß diese Wahrung jedem Staatsbürger gegenüber vertreten.

Abg. Sackhorn (D. Sp.) beschäftigte sich in längerer Ausführungen mit dem Fall Schillings. Gehen sollte nicht Schillings, sondern die Personen, die seine Angelegenheit so unangenehm zugespitzt haben und deren Namen langjährig im öffentlichen Bewußtsein verbleiben sollten.

Nach Ausführungen des Abg. Sackhorn (D. Sp.) legte

Außenminister Dr. Becker in einer langen Rede die Gründe dar, die ihn zu seinem Vorgehen veranlaßt hätten. Gegenüber den vorliegenden Anträgen erklärte er: Herr v. Schillings kann nicht wieder an den Intendanten-Posten zurückkehren. Für den gegenwärtigen Minister ist diese Stellungnahme wohl selbstverständlich. Ich wage aber auch die Behauptung, daß der Tage der Ältern kein kommender Minister, und weder er auch den Parteien an, die jetzt solche Anträge stellen haben, die Verantwortung für eine Wiedereröffnung abnehmen können wird.



# Die Beamtenzulage.

Aus dem Deutschen Reichstag.

Berlin, den 14. Dezember 1925.

Zu Beginn der heutigen Sitzung sprach Abg. Fehrenbach (Btr.) dem Präsidenten zu seinem 50. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Reichstages aus.

Präsident Ebe dankte dem Abg. Fehrenbach und dem ganzen Reichstage für die freundlichen Glückwünsche.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein. Auf ihr stehen die Anträge auf Erhöhung der Beamtensoldatung. Der Haushaltsausschuß schlägt eine Entschlüsselung vor, die die Regierung ersucht, den allgemeinen Steuerzuschlag für die Beamten der Gruppen 1-4 von 12% auf 25 Prozent und für die Beamten der Gruppen 5-6 auf 20 Prozent zu erhöhen. Von der Bayerischen Volkspartei lag ferner ein Antrag auf eine einmalige Notmaßnahme noch vor Weihnachten vor.

Reichskanzler Dr. Luther,

der sogleich das Wort nahm, erklärte, die Regierung teile den Wunsch des Reichstages, den Beamten zu helfen. Sie könne aber in ihrer Eigenschaft als geschäftsführende Regierung dem Antrage des Hauptausschusses nicht zustimmen, weil darin die künftige Regelung vorgegriffen werde durch die Einführung eines laufenden Zuschlages zum Grundgehalt. Dagegen bitte die Regierung um Annahme des Antrages der Bayerischen Volkspartei.

Dieser Änderungsantrag habe in formeller Beziehung auch den Vorzug, daß er wegen seiner grundsätzlichen einmaligen Form die bessere Aussicht auf Zustimmung des Reichstages biete. Mit Rücksicht auf die Interessen der Länder und Gemeinden ersuche es der Reichsregierung weiter geboten, bei Gewährung einer Beihilfe über die 6. Besoldungsgruppe nicht hinauszugehen. Die Reichsregierung stelle sich auf diesen Standpunkt, obwohl ihr sehr bewußt sei, daß auch bei den höheren Besoldungsgruppen viele Gründe für eine Erleichterung der Lage der Beamten vorliegen. Angesichts der Notlage, in der sich infolge der steigenden Erwerbslosigkeit viele Teile des deutschen Volkes befinden, sei es jedoch richtiger, die Verwirklichung der nach der Finanzlage sehr eng bemessenen Mittel auf die Fälle der größten Bedrängnis zu beschränken.

Abg. Bender (Soz.) trat für die Ausschüssebeschlüsse ein. Abg. Lamerenz (Dnl.) erinnerte an die vielen Regierungserklärungen, in denen der Wille betont wurde, der Notlage der Beamten abzuhelfen.

Abg. Morath (D. Vp.) warf den Parteien der Linken vor, daß sie ihnen das soziale Empfinden bei der Besoldungsgruppe 6 aufhöre.

Abg. Gering (Btr.) erkannte an, daß der Standpunkt der Regierung verständlich sei, doch handle es sich um eine Notstandsaktion, für die die Parteien die Verantwortung tragen.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums legte noch einmal dar, daß die Ausschüsseanträge unannehmbar seien. Im weiteren Verlauf der Aussprache ging ein Kommissionsantrag der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei ein, der eine Änderung des Antrages der Bayerischen Volkspartei bezweckt.

# Gerichtssaal.

† Krankenlängengeld als Darlehen. Vor dem Gericht in Freiburg (Breisgau) stand ein früherer Angestellter der dortigen Ortskrankenkasse, unter der Anschuldigung, von ihm einlassierte Beträge von insgesamt 5030 Mark zugunsten anderer veruntreut zu haben. Der Angeklagte gab zu, daß er einer Ortsgruppe ein Darlehen von 4000 Mark gegeben hatte, während er den übrigen Betrag an Bekannte auslieh. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

† Mische Säue. In der Nacht zum 13. Juli d. J. wurde in der Cadiner Straße in Berlin ein junger Mensch von zwei Schlächtergeßellen ohne jeglichen Grund angepackt und dabei so übel zugerichtet, daß er bereits kurz darauf in der elterlichen Wohnung verstarb. Das Schwurgericht erkannte nur auf schwere Körperverletzung. Der eine der Angeklagten erhielt acht Monate und der andere zehn Monate Gefängnis.

# Acht Banditen niedergemacht.

Ein anderthalbstündiger, furchterlicher Feuerkampf.

Von einer Räuberbande, die jedesmal mit solch ungläublicher Rohheit vorging, wurden bereits im Jahre 1921 die beiden russischen Geisler Orlow und Ruzs ununterbrochen heimgesucht. Ungezählte Verbrechen der aller schlimmsten Art gehen auf ihr Konto. Bei sämtlichen Überfällen auf Bauerngehöfte wurden immer die gesamten Anwesenden unter schrecklichen Martern ermordet. Erst unlängst wurde eine Bauernfamilie, bestehend aus neun Personen, unter ganz furchtbaren Umständen ermordet.

Das letzte Opfer der ungeheuer gefürchteten Räuberbande war der stellvertretende Chef der Tschower Polizei.

Trotzdem er von der Bande bereits lebensgefährlich zugerichtet war, schloß man ihm den Bauch auf. Auch der Hals wurde ihm durchgeschnitten.

Nach langem vergeblichen Suchen konnte jetzt die Bande, als sie im Hause eines Kirchendieners ohne Wissen des Eigentümers übernachtete, ermittelt werden.

Das Haus wurde von der Kriminalpolizei umstellt, und es entspann sich ein Feuergefecht. Nach anderthalbstündigem Kampf, wobei von beiden Seiten Handgranaten verwendet wurden, waren acht Banditen tot, während ein neunter schwer verwundet war.

Der Verhaftete gab sämtliche Helfershelfer an die nunmehr gleichfalls hinter Schloß und Riegel stehenden Seiten der Polizei gab es einen Schwerverletzten.

# Sport.

× Die brandenburgischen Kämpfe der Ringkampfliga wurden am Sonntag mit dem Treffen Alt-Webdinga gegen Hellas-Athen abgeschlossen. Alt-Webdinga siegte mit 10:4.

× Hellas schlägt Poseidon. Von sportlich hoher Bedeutung war der am Sonntag stattgehabte Schwimmkampf Poseidon-B. f. B.-Vergisg und Hellas-Magdeburg. Sämtliche Kämpfe fielen, wenn auch nur mit kleiner Mehrheit, zugunsten der Hellenen aus. Glänzend bewältigte wieder seine Aufgabe der deutsche Rückenmeister Fröhlich. Die Erfolge der Hellenen sind in erster Linie sein Verdienst.

× Das erste deutsche Eisbadion wird am 26. Dezember in Litzsee (Schwarzwald) eingeweiht werden. Vom Winterportverein Litzsee wurden Verband-Kunst-, Schnell- und Paarlaufen ausgeübt. Des weiteren wird ein Eiswettspiel und Eisfischen stattfinden.

# Handelsteil.

Berlin, den 14. Dezember 1925.

Am Devisenmarkt hält der Rückgang des französischen Franken unermindert an. Auch die polnische und spanische Valuta sind rückgängig.

Am Effektenmarkt war die Tendenz fest zum Zell schwanfend. Schiffahrtswerte gaben zeitweilig nach.

Am Rentenmarkt auffällige Befolgung der Striegelsanleihe.

Am Produktenmarkt zeigten die Mühlen wenig Reizung, die Forderungen für Brotgetreide und Mehl zu bewilligen. Feiner Hafer blieb gefragt, aber knapp, deswegen fanden Mittelorten etwas mehr Beachtung. Gerste, Mais sowie Hülsenfrüchte und Erbsenfuttermittel wurden nur um unmittelbaren Verbrauch zu den letzten Notierungen umgesetzt. Delsaaten vernachlässigt.

# Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Delsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 249-254 (am 12. 12.: 248-252). Roggen Märk. 147-153 (146-152). Sommergerste 188-214 (190 bis 216). Futter- und Wintergerste 154-166 (155-168). Hafer Märk. 163-173 (163-173). Mais loco Berlin — (—). Weizenmehl 32,25-36,25 (32,25-36,25). Roggenmehl 22-24,50 (22,25-24,50). Weizenkleie 11,50 bis 11,75 (11,75-12). Roggenkleie 9,75-10,20 (9,75-10,20). Raps 360-365 (355-365). Viktoriaerbsen 26-32,50 (26 bis 32,50). Kleine Speiserbsen 22-24 (22-24). Futtererbsen 19,50-20,50 (19,50-20,50). Belukischen 17-18 (17-18). Uderbohnen 20-21 (20-21). Wicken 21-23 (21-23). Lupinen blaue 11,75-12,25 (11,75-12,25), gelbe 12-14,50 (12-14,50). Serabellia — (—). Rapskuchen 15-15,25 (14,75-15). Weinfaden 23,60-23,80 (23,60 bis 23,80). Trockenrohweizen 8,30-8,50 (8,40-8,60). Sojabohnen 21,80-22 (22-22,20). Lohmelasse 30-70 7,70 bis 7,80 (7,70-7,80). Kartoffelflocken 14,70-15,20 (14,80 bis 15,20).

# Kartoffelpreise.

Keine Notiz, da kein Geschäft.

# Eierpreise.

Bericht der Berliner amtlichen Notierungskommission. Inlandseier: 1. große, vollfrische gestempelte —, 2. frische aber 55 Gramm 17½-21, 3. frische unter 55 Gramm 14-16 Pf. das Stüd. Auslandsseier: 1. extra-große —, 2. große 16-21½, 3. normale 13½-14½, 4. abnehmende 11½-13, 5. kleine und Schmalz-Eier 10-12 Pfennig das Stüd. Küchleuseier: 11½-12½ Pf. das Stüd. Kalteier: gewöhnliche 9-10 Pf. das Stüd. Tendenz: flau.

# Volkswirtschaft.

Wochenbericht der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsverband. Die Binnengetreide sind ausgetrocknet. Besonders anscheinliche Mengen von Getreide liegen überall unterwegs fest. Bisher sind bereits von Weizen, der in seinen größeren Mengen nach England geht, aber auch von Roggen erhebliche Mengen seit Beginn des Oktober ausgeführt worden. Die vielfachen Preisrückgänge haben allmählich zu einer Abschwächung der Notierungen geführt.

# Ein schönes Weihnachtsgeschenk sind Visitenkarten

aus der Buchdruckerei Carl Jehne

# Gedenktafel für den 16. Dezember.

1742 \* Gebhard Debercht Fürst Blücher von Wahlstatt in Rastow (+ 1819) — 1770 \* Ludwig van Beethoven in Bonn (+ 1827) — 1915 Aufbruch der viersten italienischen Sbrzo-Division (Beginn: 10. November). Sonne: Aufgang 7,58, Untergang 3,53. Mond: Aufgang 2,25 N., Untergang 4,16 N.

# Letzte Nachrichten.

Die Niederlegung der Locarno-Verträge.

Genf, 15. Dezember. In den Reden, die Chamberlain und Paul Boncour bei der gestrigen Ueberreichung der in London unterzeichneten Originale des Locarno-Vertragsvertrages hielten, wiesen beide Redner die hohe Bedeutung dieser Stunde hin, mit der die an dem Vertragwerk beteiligten Nationen durch Deponierung der Verträge bekunden, welchen hohen Wert sie dem Völkerverbunde beimessen. Chamberlain betonte, daß damit die interessierten Staaten in eine neue Phase ihrer Beziehungen eintreten und durch ihre gegenseitige Garantie des Friedens untereinander den Frieden der Welt festigen. Mit Genugtuung sehe er den Zeitpunkt nahen, an dem auch Deutschland sich dem Völkerverbund anschließen werde. Paul-Boncour verlas ein Telegramm des französischen Ministerpräsidenten Briand, in dem dieser erklärte, daß Frankreich stolz sei, seine Unterschrift unter die Verträge gesetzt zu haben. Er sehe in der wachsenden Autorität des Völkerverbundes die beste Garantie gegen den Krieg und hoffe, Deutschland bald im Völkerverbund zu sehen.

Auflösung des persischen Parlaments.

Teheran, 15. Dezember. Die verfassunggebende Versammlung ist, nachdem sie ihre Aufgabe, Riya zum Schah einzusetzen, erfüllt hat, nunmehr aufgelöst worden. Schah Riya wird heute den Eid auf die Verfassung leisten und am 16. Dezember zum erstenmal feierlich Hof halten. Nach einem von dem Parlament beschlossenen Ergänzungsgesetz zur Verfassung bleibt die Königswürde in der neuen Dynastie erblich.

# Verherrliches Großfeuer.

Damm (Westfalen), 15. Dezember. Unheimlich gewirkt hat ein großes Brand, der eine Getreidemühle in Desehe heimlich. Das Feuer, das sich mit einer rasenden Bewandigkeit ausdehnte, hat beträchtlichen Schaden angerichtet. Es sind rund 400 Zentner Mehl und Getreide in den Flammen aufgegangen.

Schwere Raubüberfälle auf Postbeamte.

Rhin, 15. Dezember. Zwei Postbeamte in Detmold wurden auf dem Wege vom Bahnhof

zum Postamt von 4 bis 6 maskierten, mit Revolvern bewaffneten Männern überfallen. Die Räuber nahmen fünf Postsäcke und zwei Pakete mit sich und flüchteten in einem bereitstehenden unbewachten Auto in der Richtung nach Rhin. Die Postsäcke enthielten 8440 Mark Bargeld, 14 Einschreibbriefe und eine größere Zahl gewöhnlicher Briefe. Auf die Ergreifung der Räuber und die Verbeisaffung des geraubten Geldes sind 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Das Verfahren gegen den Chauffeur Vochners.

München, 15. Dezember. Am heutigen Montag hat gegen den Chauffeur Kauer der Prozeß wegen fahrlässiger Tötung seinen Anfang genommen. Der Anklage liegt der schwere Unfall zugrunde, bei dem Oberlandesgerichtsrat Vochners getötet wurde. Die Verhandlung dürfte sich ziemlich lange hinziehen, da zahlreiche Zeugen und Sachverständige zu vernehmen sind.

Der wahrscheinliche Schiedspruch des Völkerverbundes in der Mosulfrage.

Genf, 14. Dezember. Der Völkerverbund beriet heute in geheimer Sitzung in Abwesenheit des englischen Vertreters den ganzen Nachmittag bis in die späten Abendstunden über die Mosulfrage. Wie berichtet wird, ist der schwedische Außenminister Lunden, der zuletzt nur noch allein den Standpunkt einer Teilung des Mosulgebietes zwischen der Türkei und Großbritannien vertrat, schwankend geworden, so daß allgemein mit der Zuteilung von Vierfünftel des Mosulgebietes bis zur Bräseleer-Grenze an Großbritannien durch den Schiedspruch des Völkerverbundes gerechnet wird.

Erdbeben in Teheran.

Konstantinopel, 14. Dezember. Nach einer Meldung aus Teheran hat im Süden der Provinz Horosan ein heftiges Erdbeben stattgefunden. Die Städte Badchistan und Schirwan sind fast völlig zerstört worden. Die Telegraphenverbindung mit dem Erdbebengebiet ist unterbrochen. Der Sachschaden ist sehr groß, doch sind verhältnismäßig wenig Todesopfer zu beklagen.

Zur Frage der Regierungsbildung.

Berlin, 14. Dezember. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat heute abend nach der Plenarsitzung des Reichstages in einer Fraktionsitzung zusammen, in der der Abg. Dr. Scholz über den Stand der politischen Lage und über seine Besprechung mit dem Abg. Koch-Weser berichtete. Die Fraktion erklärte sich mit der Haltung ihres Vorsitzenden einverstanden, der sich bekanntlich dem Abg. Koch gegenüber zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt hat. Es wurde, wie wir weiter hören, der Meinung Ausdruck gegeben, daß nun endlich in eine Diskussion über die sozialdemokratischen Programmpunkte eingetreten werden müsse. Wie man aus Zentrumskreisen meldet, hatte am heutigen Spätabend der Abg. Fehrenbach eine längere Besprechung mit dem Abg. Dr. Scholz (DVP.) Fehrenbach wies erneut auf die Notwendigkeit der Bildung der großen Koalition hin und erklärte, daß das Zentrum sich an keiner anderen Regierung beteiligen werde.

Koch legt den Parteien ein Programm vor.

Berlin, 14. Dezember. Wie die Telegraphen-Union von bestunterrichteter Seite erfährt, ist das Ergebnis der heutigen Fraktionsbesprechung wegen der Neubildung der Reichsregierung das, daß Reichsminister a. D. Koch nunmehr ein Arbeitsprogramm ausgearbeitet, das er am morgigen Dienstag vormittag den Parteiführern in einer gemeinsamen Konferenz vorlegen wird. In diesen Verhandlungen wird auch der Reichsarbeitsminister Trauns teilnehmen. Aus demokratischen Kreisen verlautet, daß bei den Sozialdemokraten Geneigtheit vorhanden ist, die große Koalition mitzumachen. Die Sozialdemokraten verlangen demnach, daß die übrigen Parteien zu dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion veröffentlichten Arbeitsprogramm Stellung nehmen. Von dem Unterhändler der Deutschen Volkspartei wurde in den heutigen Besprechungen die grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme an den Verhandlungen erklärt. Gleichzeitig aber wurde auf die Bedenken der Parteien gegen die Forderungen der Sozialdemokraten verwiesen. Die Vertreter des Zentrums haben dem Abg. Koch ihre Unterstützung bekanntlich bereits heute Mittag zugesagt. Auch die Bayerische Volkspartei erklärte sich bereit, bei den Verhandlungen mitzumachen, während die Wirtschaftliche Vereinigung sich vorbehaltlich einer etwaigen Regierung Koch von Fall zu Fall zu unterstützen. Der Versuch des Abg. Koch, eine Regierung auf der Basis der großen Koalition zustandezubringen, bleibt nun also bis zu der morgigen Fraktionsführerkonferenz in der Schwebe. Während die Sitzung noch andauert, haben sich die Fraktionsführer zu einer Besprechung mit Reichskanzler Dr. Luther begeben, um mit ihm über die Regelung der Beamtensoldatung zu verhandeln.

Eintritt Luthers und Stresemanns in ein Kabinett Koch.

Berlin, 15. Dezember. Wie das Berliner Tageblatt erfährt, ist bei den letzten Besprechungen bereits die Personfrage gestreift worden. Dr. Luther und Dr. Stresemann sollen sich bereit erklärt haben, in ein Kabinett Koch einzutreten.

Die Ausschüsse für Koch.

Berlin, 15. Dezember. Wie ein Teil der Morgenblätter aus parlamentarischen Kreisen erfährt, werden die Ausschüsse Kochs für das Zustandekommen einer Regierung auf der Grundlage der großen Koalition nicht günstig beurteilt. Eine Bestätigung dieser Auffassung liegt auch in der heutigen Stellungnahme des Vorwärts, der darauf hinweist, daß es die Pflicht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sei, ihr Programm mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Der Vorwärts betont weiter, daß die Bedenken der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen ein Zusammengehen mit der Volkspartei nach wie vor große seien, besonders nach der Haltung der bürgerlichen Parteien in der Erwerbslosenfrage, die nicht die Absicht hätte erkennen lassen, auf die Forderungen der Sozialdemokraten einzugehen.

# Sächsisches.

Auch Handwerker sind zu bezahlen! Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit, und ist es auch ohne Zweifel; merkwürdigerweise aber wird gerade dem Handwerker gegenüber am häufigsten das Sprichwort: 'Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!' außer acht gelassen. Es hat sich aber im Laufe der Zeit in verschiedenen Gegenden die Anschauung herausgebildet, daß der Handwerker zwar die bei ihm bestellte Arbeit pünktlich zu liefern, auf deren Bezahlung aber einige Monate geduldi zu warten habe. Leider ist diese — wir können wohl geradezu sagen 'ungefunde' — Anschauung viel weiter verbreitet, als man glaubt, und so manch fleißiger, aber mittelloser Handwerksmeister sah sich infolgedessen schon genötigt, sein Geschäft aufzugeben und von einem selbständigen Unternehmer zu einem Lohnarbeiter herabzusinken. Wer darum ein gutes Werk tun will, auch in volkswirtschaftlicher Beziehung, der sehe zu, daß er seine etwa noch rückständigen Rechnungen bei Handwerkern begleiche. Bringt doch auch ihnen der Weihnachtsmonat vermehrte Ausgaben und immer wachsende

## Maggi's Fleischbrüh-Würfel

geben — nur in kochendem Wasser aufgelöst — feinsten Fleischbrüh zum Trinken, zum Kochen und Verfeinern von Fleischbrühuppen, Gemüsen, Fleischgerichten, Sogen usw.

1 Würfel 4 Pfg.









## Die schwarze Gefahr.

Von Kurt v. Dertel.

Je mehr die europäischen Großmächte den afrikanischen Kontinent mit den zweifelhaften Segnungen ihrer Kultur beglücken und soziale wie politische Probleme dem Ideenkreis des schwarzen Mannes einordnen, um so mehr rückt auch das Regierproblem in den Vordergrund des öffentlichen Interesses; zwar nicht so spontan wie seinerzeit die „gelbe Gefahr“, die heute durch die Uneinigkeit der mongolischen Völker gebannt ist, — aber doch in ihrer langsamen Entwicklung mit um so größerem Nachdruck.

In Südafrika, im Sudan, im Libanon, in Nordafrika — überall kriselt und gärt es; die Unzufriedenheit mit dem weißen Joch greift epidemisch von einem Volk auf das andere, von einem Stamm auf den anderen über, und die Gelfter sind nicht mehr zu bannen, die Frankreich und England in Gestalt der psychischen und physischen Wehrhaftmachung des schwarzen Mannes während des Weltkrieges gerufen haben.

Während aber die islamische Welt durch ihren jahrtausendalten Streit um den Sitz des Kalifats sich selbst ihrer stärksten Waffe, ihrer Einigkeit im „Heiligen Kriege“, beraubt hat, ist den schwarzhäutigen Söhnen Sams in ihrem stillen, jähren Kampfe gegen die europäische Herrschaft in Afrika seit kurzem ein mächtiger Bundesgenosse erwachsen: der christliche Regier in Amerika, der — auf ungleich höherer Kulturstufe als sein afrikanischer Vetter stehend — seine Intelligenz in Regierungsschulen, Parlamenten, eigenen Banken, Klubs usw. konzentriert und folgerichtig für die Abkündigung der einstigen Sklaven die Gleichberechtigung der schwarzen mit der weißen Rasse systematisch propagiert. Was läge dabei näher als im Sinne der Monroe doktrin „Amerika den Amerikanern“ auch das „Afrika den Afrikanern“ als Leitmotiv des politischen Handelns zu proklamieren!

Das Kampfinstrument zur Durchföhrung dieses Planes ist die Universal Negroes Improvement Association.

Wenn man bedenkt, daß diesem Allnegerverband heute bereits über sechs Millionen eingeschriebene und zahlende Mitglieder angehören, er also eine der größten politischen Vereinigungen der Welt darstellt, so kann man ersehen, welche eminente Gefahr seine Propaganda für die Zukunft der Kolonialpolitik bedeutet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es eine unerbittliche, evolutionswillige Rasse ist, die sich der mühen tausendjährigen Kultur des Abendlandes entgegenzustellen und ihre praktischen Werte für sich auszusprechen bestrebt ist.

Die Seele der ganzen Bewegung ist der ebenso dicke wie gefirnisste Marcus Garvey, ein Vollblutneger, der sich selbst als Präsident der Republik Afrika bezeichnet und in echt negerhafter Eitelkeit und Nachahmungstrieb, mit einer Phantasieform ausstaffiert, im Pulmanwagen durch die Staaten der Union reist und Propagandareisen hält. Er steht in enger Föhrung zum African National Congress, der „berufenen“ Vertretung der Negerinteressen auf afrikanischem Boden. Agenten fahren von Stamm zu Stamm und sammeln, ganz jostgemäß, Gelder zur Schöpfung eines Kampffonds. In New York vereinigt Garvey seine Getreuen zu Regierungen. Ein eigenes, großangelegtes Blatt — in weiser Anerkennung der Presse als moderner Großmacht — das seit vorigem Jahre in Englisch, Dante und Kisuaheli erscheint, bietet den geeigneten Resonanzboden für Garveys Ideen, die teils privaten utopischen Föhrern dienen, teils das schwarze Proletariat mit bolschewistischen Theorien für das afrikanische Weltreich einzuloggen suchen.

Ueberhaupt wäre es eine interessante Frage, wie weit Moskau tatsächlich hinter der afrikanischen Regierbewegung der letzten Jahre steht. Sehr geschickt wird auch der Farbig in das Aktionsprogramm einbezogen, und selbst dem Araber, dem Erbfeinde des schwarzen Mannes, wird brav und bieder die Bruderband hingestreckt, um eine gemeinsame Wehrfront gegen die europäische Invasion zu schaffen.

Des Heft der African World gipfelt in dem Aufruf: „Schwarze Brüder, haßt die Negern, Farbigen und Arabern! Boykottiert die weißen Kaufleute, treibt Obstruktion gegen die weißen Beamten! Rettet Afrika den Afrikanern!“

Nun ist es allerdings so ein eigenes Ding um diese „Rettung“ Afrikas. Zwar ist, wie das Beispiel von Liberia lehrt, eine sich selbst regierende moderne Regierrepublik an sich denkbar. Wie weit indessen der schwarze Erdteil als kompaktes Ganzes seine Selbstständigkeit an Stammes- und Rassengegenständen zugunsten eines Zentralgebirgs aufzugeben und in einem Allnegerstaate aufzugeben imstande ist, in welchem der christlich-amerikanischen Regierintelligenz die Führerrolle zufällt, das wird erst die Zukunft lehren.

Und wenn fürs erste auch der kategorische Imperativ der African World „Der Tag der Regier bricht an!“ (Nr. 89) nicht allzu tragisch genommen werden braucht, so wird doch auf der Regieruniversität Inszenierung und in Harlem, dem bald eine halbe Million zählenden Regierquartier New Yorks, an der Zusammenfassung aller Kräfte ebenso intensiv gearbeitet wie in den südafrikanischen Compounds oder im Sudan. Ob unter den Bergwerkshütern mit bolschewistischen Theorien, unter den Sudannegern mit dem Haß gegen England oder in Amerika mit den verkehrten Argumenten des „soziologischen Instituts zur Erforschung des Regierproblems“, der National Urban League, — sind die Wege auch verschieden, so bleibt das Ziel bei allen doch gleich, das in der Formel gipfelt: „Afrika den Afrikanern!“

## Die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs im Entwurf des neuen deutschen Strafgesetzbuchs.

Von Dr. Barth, R. d. R.

Kurz vor der Verlesung des Reichstages ist den Mitgliedern des Rechtsausschusses des Reichstages der Entwurf des neuen deutschen Strafgesetzbuchs zugegangen. Ehe dieser bedeutsame Entwurf im Reichstag zur Beratung kommt, wird freilich noch geraume Zeit vergehen, wie auch mit seiner Verabschiedung nicht vor einer Reihe von Jahren zu rechnen ist. Der neue Entwurf des Strafgesetzbuchs bringt gegenüber dem bisherigen Rechte besonders wesentliche Neuerungen in bezug auf die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs. Wer weiß, wie wichtig im Interesse der Erhaltung der Volksgesundheit ein gesetzgeberisches Einschreiten in dieser Richtung ist, wird im Hinblick auf die Länge der Zeit, die noch vergehen wird, ehe der Entwurf Gesetz wird, der Frage näher treten müssen, ob es nicht angebracht ist, gegen den Alkoholmißbrauch schneller, und zwar im Wege eines Sondergesetzes, das die fraglichen Bestimmungen des Strafgesetzbuchsentwurfs übernimmt, vorzugehen, ebenso wie der Senate der Geschlechtskrankheiten, die in unserem Volke ebenso verbreitet ist, durch ein besonderes Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten schon jetzt entgegengetreten werden soll.

Die statistischen Erhebungen, die über den Einfluß des Alkoholmißbrauchs auf die Kriminalität in den Jahren 1910 bis 1913 in Bayern stattfanden, ergeben mit aller Deutlichkeit, daß der Alkoholmißbrauch in enger Beziehung zu der Häufigkeit und Art der Verbrechen steht. Ein großer Teil aller Straftaten wird unter der unmittelbaren Einwirkung des Alkoholmißbrauchs begangen. Die bayerische Statistik zeigt, daß ungefähr 25 Prozent sämtlicher Straftaten begangen worden sind in Trunkenheit oder

infolge gewohnheitsmäßigen Alkoholmißbrauchs. Was das in Bayern besonders verbreitete Delikt der Körperverletzung betrifft, so steigt dieser Prozentsatz sogar auf über 50 Prozent aller Körperverletzungsfälle. Wie wenig ist dabei die Statistik in der Lage, alle die Fälle zu erfassen, wo Menschen Straftaten begehen, weil sie, geistig und körperlich infolge dauernden übermäßigen Genusses des Alkohols zerrüttet, nicht mehr selbständig sind, Versuchungen zu widerstehen oder ihren Lebensunterhalt redlich zu verdienen. Ein erheblicher Teil der Verbrechen ist auch auf Degeneration infolge Abstammung von Alkoholikern zurückzuführen.

Die im neuen Strafgesetzbuchsentwurf vorgesehenen Maßnahmen bezwecken, den Alkoholmißbrauch vorzubeugen zu verhindern, ferner auch Personen, die dem Alkoholmißbrauch verfallen sind und unter dem Einfluß des Alkohols die Strafgesehe verletzen, nicht nur zu strafen, sondern vor allem durch Maßnahmen der Besserung und Sicherung an ein geordnetes Leben zu gewöhnen. Als vorbeugendes Mittel strafrechtlicher Art kommt die Strafandrohung gegen das Verabreichen geistiger Getränke an Jugendliche unter 18 Jahren in Betracht, ebenso die Strafandrohung gegen die Abgabe geistiger Getränke entgegen einem aus bestimmtem Anlaß ergangenen Verbot. Erfassungsgemäß sind Ausföhrungen infolge Alkoholmißbrauchs besonders häufig bei Zusammenkünften großer Menschenmengen, wie solche bei Wahlen, Versammlungen und dergl. stattfinden. Ein Verbot des Verabreichens geistiger Getränke bei solchen Anlässen trägt, wie die in der Kriegszeit erlassenen Verbote beweisen haben, wesentlich dazu bei, solche Ausföhrungen zu verhindern. Als Maßnahmen der Besserung und Sicherung sind die Unterbringung in einer Trinkerheilstation, die Anordnung der Schutzaufsicht und das Wirtshausverbot (letzteres weniger für die Großstadt als für die Kleinstadt und das Land geeignet) vorgesehen. Der Bruch des Wirtshausverbots sowie die Verabfolgung geistiger Getränke an Betrunkene werden mit erheblichen Strafen bedroht. Die Verurteilung zur zwangsweisen Unterbringung in einer Trinkerheilstation ist vom Richter auszusprechen, wenn diese Maßregel erforderlich ist, um den Trunksüchtigen an ein geordnetes und geordnetes Leben zu gewöhnen. Die Unterbringung darf nicht länger als zwei Jahre dauern. Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte dieser Zeitraum genügen, wenn überhaupt Aussicht auf Heilung besteht. Sehr wichtig ist, daß die Verwaltungsböhrde auf Grund des richterlichen Urteils verpflichtet ist, die Unterbringung auch wirklich auszuführen. Wöher lag in ähnlichen Fällen dies ganz im Ermessen der vollziehenden Verwaltungsböhrde.

Nach dem bisherigen Rechte ist strafbar, wer sich durch den Genuß geistiger Getränke in einen Zustand der Unzurechnungsföhrigkeit versetzt und in diesem Zustand eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen hat. Diesem ganz unbefriedigenden Rechtszustand macht der Entwurf ein Ende, indem er die selbstverschuldete Volltrunkenheit als selbständiges Delikt unter Strafe stellt, wenn in diesem Zustand eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen worden ist.

Daß sich der neue Strafgesetzbuchsentwurf nicht auf den Standpunkt des völligen Verbots des Alkoholausschanks und Genusses stellt, mag manche Fanatiker der Antialkoholbewegung, die die Eröfnung des Ausschanks wönschen, enttäuschen. Das Uebertriebene der Amerikaner auf diesem Gebiet wollen wir aber doch nicht nachahmen. Der Alkoholausschank in Amerika um so mehr auf heimliche Weise weiter. Ergen einen mäßigen Alkoholgenuß wird auch, vom Standpunkt der Volksgesundheit, nicht eingeworfen sein. Mit Recht wendet sich der neue Strafgesetzbuchsentwurf nur gegen den Alkoholmißbrauch und ergreift gegen diesen vorzubeugend und sühnende Maßnahmen, denen im Interesse unseres Volkes zugestimmt werden muß, wobei nur zu wönschen ist, daß diese Maßnahmen recht bald gesetzgeberisch verwirklicht werden.

## Das Salatbrot.

Skizze von Hans Schoenfeld.

Als die Salton in dem bekannten bayerischen Kurbad voll eingesetzt hatte, kam der mir befreundete Kurdirektor eigens, um für einen Fremden, der im überfüllten Badort nicht mehr unterkam, aber sehr auf den Gebrauch der kräftigenden Sol- und Jodböder angewiesen war, ein gutes Wort bei mir einzulegen.

Ich gebe Zimmer an Fremde sonst nicht ab. Mein Landhaus ist zu klein. Auch liebe ich nicht, mein peinlich geregeltes Hauswesen durch dritte Menschen föhren zu lassen, nach denen ich kein Verlangen trage.

Der Badekommissar, ein alter Feldzugskamerad, setzte es, da er so sehr für den alten, stillen und völlig anspruchslosen Herrn tat, schließlich durch, daß ich ein Zimmer für den so dringlich empfohlenen Kurgast einzuräumen versprach. Der Major, unser Kurdirektor, ist ein Schlauchkopf, der seine Leute zu nehmen weiß. Erst als er meine Zusage sicher hatte, kam er wie von ungefähr damit heraus: „Ihr Gast ist übrigens Russe. Nun regen Sie sich nur nicht auf, bester Herr Oberleutnant. Der Mann spricht vortrefflich deutsch und gehört zu den Russen, die einem nicht auf die Nerven fallen. Er ist die Zurückhaltung selbst. Jedenfalls hat er mir bei seinem vorjährigen Besuch den gütigsten Eindruck hinterlassen. Ich halte ihn für einen Privatgelehrten. Er lebt in Berlin.“

„Weiß der Kuckuck“, bemerkte ich unmutig, „wo diese Leute das Geld hernehmen, um sich das sorgenfreie Leben eines besseren Nichtstuers zu gestalten. Ich traue solchen Russen nun einmal nicht. Das hätte ich nur wissen müssen, Herr Major. Dann hätten Sie auf Oraniz gebissen.“

„Sie werden schon mit unserem Mann ins Einvernehmen kommen“, lachte der Kurdirektor ungerührt und steigerte meinen Unmut. Ich sah dem Kommen des Russen sehr ungnädig entgegen und war entschlossen, Vorbehalte geltend zu machen, wenn der mir ausgehaltene Fremde auch nur im geringsten meinen Hausfrieden störte. Und ich trat dem alten Mann, der bald darauf als der angemeldete Zwangsgast erschien, mit eisiger Manier und äußerster Zurückhaltung entgegen. Er schien das nicht zu bemerken, bedankte sich artig in knappen Worten und würdevoll. Sein bartloses Gesicht, ein asketischer Charakterkopf, der Achtung gebot, dämpfte meinen Ärger und nötigte mich Abwarten.

In der Tat beeinträchtigte Herr Kusmin den gewohnten Gang unseres Hauswesens nicht im geringsten. Seines Gehens und Kommens ward man kaum gewahr. Wollte er in seinem Zimmer, vernahm man nicht das leiseste Geräusch seiner Anwesenheit.

„Er ist wirklich ein bescheidener und rüchichtsvooller Mensch“, bemerkte meine Frau, deren weibliches Mitgeföhl sich mit dem Wöber und Warum des unbekanntenen Hausgenossen zu beschäftigen begann. Mein Töchterchen aber offenbarte alsbald eine stürmische Zuneigung zu dem stillen Mitbewohner. Sie brachte uns auch die erste nähere Verbindung mit dem Russen — vorerst nicht zu unserer reinen Freude. Strahlend kam sie eines Nachmittags mit einem Gegenstand angepfungen, den sie mit seligem Kindergesicht aus erwartungsvoll entgegenhielt. Die kleine Schnitzerei entpuppte sich als ein wahres Meisterstück der Tierplastik: Sie war unser Kater Schnurri bis aufs Haar getreu nachgebildet. Das Geschenk bereitete unserem Kind, das keine Ahnung vom Wert dieser Gabe hatte, unsagbares Vergnügen.

„Ein Tausendfössa!“ lobte ich so obenhin und überlegte nicht sonderlich erfreut, wie ich mich bei dem Geber, der offenbar ein Kinderfreund war und mit dem Spielzeug zugleich den Eltern eine Aufmerksamkeit zu erweisen wönschte, angemessen revanchieren durfte. Eine kurze Aussprache mit der Hausfrau ergab als einfachste Lösung die: den Russen zum Abendessen einzuladen. Aber nur dies eine Mal betonte ich. Was doch die Kinder anrichten! Einfach über den Kopf der Aelteren weg werden die Freundschaften geschlossen und Verbindungen angeknüpft, deren Folgen die lieben Erzeuger tragen dürfen. Meine Frau lächelte.

Nur jöbernd sagte der Gelehrte zu. Es geschah weniger aus Bescheidenheit als aus Unlust, neue Verpflichtungen einzugehen. Das machte mir den Mann sympatisch. Ich ging also aus meiner Förmlichkeit heraus. Dazu klatschte mein Töchterchen so fröhlich in die Hände. Ich glaubte, dem Kind zuliebe nahm er die Einladung an.

Die abendliche Speisefolge sah auch Salat vor. Und der Gast sollte als Aufmerksamkeit die Auflage eines Salatbrotchens empfinden, das auf seine Holzschneidkunst bezugnahm. Dieses Brotchek ward von uns sehr hoch gehalten. Nicht nur, weil es eine Kostbarkeit obnegleichen ist, sondern auch einen persönlichen Erinnerungswert neben seiner Rarität besitzt. Das Brotchek ist die einzige und letzte Gabe meines einzigen Verwandten mütterlicherseits; eines Onkels, dessen Schicksal mir für den russischen Gast besonders beangenehm erschien.

Ich gab die Geschichte dieses Onkels und des Brotcheks zum Besten, zumal ich die Blick des Gastes dem geschneitten Irrat unverwandt anhaften sah.

Mein Onkel hatte es in Rußland wie so mancher Deutsche, der in jungen Jahren als Ingenieur oder Handwerker dorthin ausgewandert, zu Wohlstand und zufriednem Leben gebracht, dem auch die Kriegszeit wenig anzuhaben vermochte, da dieser Teil der Ukraine von Händeln verschont blieb. Erst die Bolschewikenherrschaft brachte ihn unter Schmach wie jammervollen Umständen von Haus und Heimat. Uns fuhr der Schreck in die Glieder, als in den ersten Tagen des Jahres 1921 ein Telegramm das Eintreffen des hochbetagten Paares auf einem russischen Viehdampfer in Swinemünde anzeigte. Der Onkel, den die verarmten und wohnungslosen deutschen Verwandten nicht aufnehmen vermochten, kam endlich in seiner Geburtsstadt, einer mittel-deutschen Residenz, als Flüchtling im dortigen Altersheim schlecht und recht unter, lebte als verdorrter und hoffnungsloser alter Mann noch drei Jahre und hinterließ von den paar gereiften Habseligkeiten mir, dem einzigen Sohn seiner verstorbenen Schwester, eben das Salatbrotchek. Er hatte es mir, als ich ihn bald nach seinem Eintreffen in Deutschland besuchte, schon mit Wehmüt vorgezeigt. Dieses Lieberbleibsel aus seiner glücklichsten Zeit bedeutete ein so eigenartiges wie wertvolles Andenken an den Besuch des berühmtesten der Berg-Böhlenklöster im Wolgagebiet. Die Schilderung des nächtlichen Aufenthalts in dem welschabgeschiedenen und geheimnisvollen Ort rief den Onkel so mit fort, daß ihm die Tränen kamen“, bemerkte ich, nun von der Erinnerung an Gestalt und Sprache dieses toten Obeis selber ergriffen, zu unserem greisen russischen Gast. „Wohl sechsmal flocht der Onkel in seinem Bericht den Ausruf ein: „Welch große Künstler schufen hier in völliger Unbekanntheit und Bescheidenheit, nur zum Preise Gottes und ihres Klosters, Werke, um die man in der Welt viel Ruhmens und Feilschens gemacht hätte. Ich bewundere diese frommen Männer, deren Namen ich nie erfahre. Wir waren unserer sechs Herren, die das Kloster besuchten. Beim Scheiden überreichten wir dem Abt eine Summe Geldes für milde Zwecke. Zum Dank ließ er uns unter Holzschneidereien von der Hand seiner Klosterbrüder wählen. Ich entschied mich für dieses Brotchek aus Jedernholz. Meine Frau war entzückt und mit mir der gleichen Meinung, daß diese Kostbarkeit zu schade für den Gebrauch sei. Wir haben das Brotchek sorgföchtig aufbewahrt. Oft nahm ich es aus seiner Hölle, erfreute mich an den wundervollen Einzelheiten der bis ins kleinste genau figurlichen Darstellungen der Marienszene auf dem Salatbrotchek oder der Heiligendarstellung auf der Gabel, deren Griff von einer wunderbar geformten Schwurhand gekrönt ist, während der Griffel ein inbrünstig verschlungenes Paar betender Hände aufweist. Dabei dachte ich an die stillen Mönche, die unablässig ihrer frommen und edlen Arbeit hingegeben waren, bis der Tod ihnen Griffel und Schnitzmesser sank aus der Hand nähme. Ob mein Holzschneider noch lebte? Wer so tief Menschenantlitze und figürliche Haltung mit edler Einfachheit durchdrungen nachbildete, konnte der Jüngste nicht mehr sein. Und denke dir, so schloß der Onkel damals seine Erklärung — all dies gute, keinem Menschen schädliche Werk frommer Mönche ist vernichtet, die Insoffen der Wolgaklöster in alle Winde verstreut; verdorben



